

Für eine leerstehende Blumenhalle wurde das ThF-Gesetz geändert – ein weiterer Fall für den Rechnungshof und Wettbewerb „Zufluchtsuchende Willkommen!“

SPD und CDU Fraktionen nickten am 28.01.2016 mit ihrer großen Koalitionsmehrheit die Änderung des ThF-Gesetzes durch, um das menschenunwürdige Notlager im ehemaligen Flughafen Tempelhof Richtung Tempelhofer Feld zu erweitern. Sie missachteten damit die Entscheidung von 740.000 Berlinerinnen und Berlinern, die im Mai 2014 für das Gesetz gestimmt und damit die Einmaligkeit des Ortes, aber auch die Unverhältnismäßigkeit beim Einsatz von finanziellen Ressourcen für die breite Gesellschaft erkannt hatten.

Die ursprünglich für die Internationale Garten-Ausstellung (IGA) vorgesehene Blumenhalle steht nun seit 2 Monaten auf dem Vorfeld des ehemaligen Flughafens Tempelhof, aber niemand weiß, wann sie genutzt werden kann. Vielleicht im Dezember? Der Betreiber der Notunterkunft in den Hangars, wo momentan rund 1.700 Geflüchtete leben, wird darüber im Unklaren gelassen. Auf Nachfrage weiß die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung auch nicht Bescheid, was weiter damit passieren soll. Die Bauabnahme verzögert sich.

Die auf Druck des Regierenden Bürgermeisters Müller neu errichtete Blumenhalle besteht aus einem Holztragwerk und einer LKW-Plane. Der Flüchtlingsrat Berlin hat sich die Halle nun von innen angesehen: „bei Sonne zu warm (keine Lüftung, keine zu öffnenden Fenster), bei Kälte zu kalt (keine Heizung, kein Fußboden), kein Strom und kein Licht, kein Wasser und kein Abwasser, keine Trennwände und keine Innenausstattung. Bei Gewitter sofort zu räumen (kein Blitzableiter). Kein Brandschutz, keine Baugenehmigung, kein Konzept. Für den Aufenthalt von Menschen offensichtlich ungeeignet. Gut nur für Blumen.“ Ein Fall für den Rechnungshof.

Eberhard Diepgen war 15 Jahre lang Regierender Bürgermeister von Berlin und engagierte sich beim Senat für Flüchtlingsfragen, sein Rat: „Keine Unterkünfte für mehr als 250 bis 300 Menschen, möglichst Verzicht auf klassische Container, stattdessen Wohnheime in modularer Bauweise. (...) Nach allen Erfahrungen ist die Unterbringung von mehreren tausend Menschen in „Provisorien“ immer konfliktbehaftet. (...) Bei den jetzigen Planungen und dem Erfahrungssatz, dass Provisorien sich schnell verfestigen, kann Tempelhof zu einem Beispiel für illusionsreiche und damit falsche Flüchtlingspolitik werden. Ein sozialer Brennpunkt. (...) Wer diese Gefahr einer Ghettobildung vermeiden will, muss bei Unterbringung und Wohnungsversorgung eine große zahlenmäßige Ballung der sozialen Gruppe „Flüchtlinge“ vermeiden.“

Die Doppelstockbetten in Hangar 3 sind leer. Hunderte Geflüchtete sind Mitte März in Hangar 6 umgezogen. Da sind die Stellwände der Schlafzellen etwas stabiler, die Gänge breiter. Nur noch acht und nicht mehr zwölf Menschen teilen sich eine Kabine. Und es gibt endlich Duschen und Toiletten. Angeblich aus Denkmalschutzgründen steht derweilen die Abflughalle des ehemaligen Flughafens Tempelhof weiter leer. Das geplante Registrierzentrum soll jetzt in Hangar 5. Dort müsste das mit viel Geld erstellte Notlager mit Messebau-Wänden und Toiletten- sowie Nassraumvorrichtungen wieder raus und Bürocontainer rein. Die **rbb-Abendschau** berichtete dazu am 12.05.2016. Die seit Ende Dezember eingesetzte „Projektgruppe Tempelhof“ ist auch ratlos. Der Betreiber wünscht sich mehr Klarheit: „Wir haben ein Recht darauf, was hier passiert, oder was hier eben nicht passiert.“ Bis 2019 soll der ehemalige Flughafen Notunterkunft für bis zu 7000 Menschen bleiben.

Beteiligen Sie sich deshalb mit besseren Einfällen an unserem Wettbewerb **„Stadt im Wandel – Stadt der Ideen“** unter dem diesjährigen Motto **„Zufluchtsuchende Willkommen! Wohnen als Grundrecht für Alle.“** Abgabe der Arbeiten bis spätestens 3. Juni 2016
<http://www.plattformnachwuchsarchitekten.de/wettbewerb.html> **Berlin, 16. Mai 2016**